SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
28. Jahrgang / Nr. 07
Juli 2019
Preis: eine Spende
Nummer: 326

Unsere Landesliste steht

Bodo Ramelow und Philipp Weltzien auf der VertreterInnenversammlung in Arnstadt *Fotos: Dirk Anhalt / DIE LINKE.Thüringen*

Die „Besondere VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste der Partei DIE LINKE. Thüringen für die Wahl zum 7. Thüringer Landtag“ fand am 22. und 23. Juni 2019 in Arnstadt statt. Zuvor hatten der Landesausschuss und der Landesvorstand der Partei am 19. Juni in Erfurt einen gemeinsamen Listenvorschlag für die Plätze 1 bis 20 beschlossen. Beide Gremien setzten unseren Genossen Bodo Ramelow auf Platz 1 des Listenvorschlags. Diese Nominierung war die logische Konsequenz aus der erfolgreichen Amtszeit des ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland und zugleich Ausdruck des Dankes und der Achtung dafür, wie er die rot-rot-grüne Koalition durch eine mitunter turbulente Zeit geführt hat, ohne dass die Turbulenzen jemals zu einem ernsthaften Koalitionskrach geführt hatten. In der Erfurter Beratung spürte man den frischen Rückenwind für die Fortsetzung der Arbeit der Regierung und für den Wahlkampf, der von der nur wenige Tage zurückliegenden Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für 2020 und des neuen Thüringer Schulgesetzes durch den Landtag kam. Wir wollen, dass Bodo weiterregieren kann, damit Thüringen mindestens fünf weitere Jahre sozial regiert wird, weil wir Thüringen im Interesse aller BürgerInnen weiter modernisieren und stärken wollen. Es wurde von r2g viel erreicht und es wäre schlecht, wenn durch eine CDU-geführte Regierung erneut eine Phase unsozialer Gesetzgebungen und der Stagnation beginnen würde. Vor allem geht es darum, ein wie auch immer geartetes Mitregieren der in großen Teilen rechtsextremen AfD Höckes zu verhindern!

Die VertreterInnenversammlung wählte die KandidatInnen auf die Listenplätze in geheimer Abstimmung. Bodo Ramelow wurde mit 97,35 % auf Platz 1 gewählt. Die VertreterInnen folgten bei der Wahl bis zum Platz 20 dem Listenvorschlag. Die spannende Frage für uns SuhlerInnen – Ilona Burandt, Ronja Lenz, Heidi Schwalbe, Helmut Hellmann und mich – war, auf welchen Platz wird unser Philipp Weltzien kommen. Mit Roland Hande (Platz 10), Patrick Beier (Platz 12) und Knut Korschewsky (Platz 20) waren zwar 3 Südthüringer auf den vorderen Plätzen, aber Suhl und Hildburghausen waren nicht vertreten. Schlussendlich wurden in den Kampfabstimmungen zwar keine Topplatzierungen erreicht, Philipp kam auf Platz 28 und Steffen Harzer auf Position 32 (Die gesamte Landesliste steht auf Seite 2). Trotz der Kampfabstimmungen über die 22 Listenplätze von Platz 21 bis 42 verlief die Versammlung fair und harmonisch. Aber es ist nun mal so, dass im demokratischen Wettbewerb Platzierungen auch zu seelischen Verletzungen von BewerberInnen führen können. Am Ende kam eine Landesliste zustande, die neben bewährten parlamentarischen „Schwergewichten“ auch viele neue und jüngere LandtagskandidatInnen versammelt. Nun gilt es, alle Kräfte zu bündeln und auf den Landtagswahlkampf zu konzentrieren, damit Bodo Ramelow weiter regieren kann. Das ist auch von erheblicher bundespolitischer Bedeutung.

-Eckhard Griebel-

Grundgesetzartikel nur symbolisch gemeint?

In der Diskussion über die Anwendung des Artikels 18 GG befand Mike Mohring: „Der einschlägige Grundgesetzartikel ist von eher symbolischer Natur, sein rechtlicher Gebrauchswert tendiert gegen Null“. Dieser Interpretationsversuch muss als absurd zurückgewiesen werden. Die rechtlich verbindliche Auslegung des Verfassungstextes obliegt allein dem Bundesverfassungsgericht. M. M. kann nicht behaupten, dass es so ist, wie er es sieht, sondern dass ihm scheint, dass es so sei. Art. 18 lautet: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“

Wer diesen Grundgesetzartikel für „symbolisch“ hält, spielt denen in die Hände, gegen die er gerichtet ist, und er gibt den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Möglichkeit zu fragen, ob eine solche „Bewertung“ auch für andere Artikel zutreffen könnte. Damit wäre dann ein Generalangriff auf das Grundgesetz eröffnet. Der Rechtsstaat muss, nachdem die Behörden über Jahrzehnte kläglich versagt haben, wirklich „alle Register“ ziehen, er muss alle Mittel nutzen. Wenn sich jetzt alle möglichen Bedenkenträger melden – wie Mohring, van Riel vom ND, SPD-Vize Stegner oder von Notz, Fraktionsvize der Grünen – kann man allenfalls Warnungen vor Missbrauchsgefahren akzeptieren. Aber: Auch wenn Grundrechtseinschränkungen kein Allheilmittel sein können, wäre die erstmalige Anwendung dieses Artikels ein starkes Signal gegen alle Rechtsextremisten.

- Eckhard Griebel -

Landesliste der Partei DIE LINKE. Thüringen

für die Wahl zum 7. Thüringer Landtag am 27. Oktober 2019

1. Bodo Ramelow
2. Susanne Hennig-Wellsow
3. Heike Werner
4. Steffen Dittes
5. Anja Müller
6. Christian Schaft
7. Birgit Keller
8. Torsten Wolf
9. Katharina König-Preuss
10. Ronald Hande
11. Karola Stange
12. Patrick Beier
13. Ute Lukasch
14. André Blechschmidt
15. Katinka Mitteldorf
16. Andreas Schubert
17. Katja Maurer
18. Markus Gleichmann
19. Kati Engel
20. Knut Korschewsky
21. Cordula Eger
22. Ralf Kalich
23. Marit Wagler
24. Sascha Bilay
25. Lena Saniye Güngör
26. Ralf Plötner
27. Dr. Iris Martin-Gehl
28. Philipp Weltzien
29. Donata Vogtschmidt
30. Philipp Gliesing
31. Kristin Linde
32. Steffen Harzer
33. Sabine Berninger
34. Georg Buder
35. Dr. Arif Rüzgar
36. Andreas Schuster
37. Daniel Reinhardt
38. Bernd Fundheller
39. Daniel Starost
40. Rainer Kräuter
41. Steffen Much
42. Steffen Thormann

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer August-Ausgabe 2019 ist am 19.07.2019

Die VertreterInnen der LINKEN Südthüringes mit unseren Landtagskandidaten
Foto: Dirk Anhalt/ DIE LINKE. Thüringen

Viele kleine Schritte

„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern“ (Stefan Zweig) lautete das Motto der Jugendweihe 2019. Im Mai vollzogen 147 junge Menschen bei der Festveranstaltung zur Jugendweihe aus Suhl und dem Umland ihre kleinen Schritte ins Erwachsenenalter. Dabei wurden sie von ihrem Festredner Sascha Benecken begleitet, der wunderbar beschrieb, dass junge Menschen trotz aller Schwierigkeiten alles erreichen können, wenn sie an sich glauben. Seine Rede veranschaulichte wunderbar den Weg vom zunächst nicht so tollen Schüler Sascha, der später als Jahrgangsbester das Abitur am Sportgymnasium absolvierte. Heute sind er und sein Partner Toni Eggert das erfolgreichste Rodelduo der Welt. Mit dem Rahmenprogramm möchte der Jugendweihe Suhl und Umland e.V. unseren Jugendlichen lebenspraktische Fähigkeiten und humanistische Werte vermitteln. So gehören eine Fahrschulschnupperstunde, ein Erste Hilfe- und ein Kniggekurs, eine Modenschau, die Redaktion der Jahrgangszeitung und ein Finanzplanspiel zum Repertoire. „Gegen das Vergessen“ soll die Begehung von Stolpersteinen in Suhl mit Heidi Schwalbe und eine Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald wirken. Der Jugendweiheverein möchte sich hier recht herzlich beim Alternative 54 e.V. und Ina Leukefeld bedanken, deren Unterstützung vielen Jugendlichen die Teilnahme an diesem Aufarbeitungsprojekt ermöglicht. Wir freuen uns besonders, dass in diesem Jahr vier weitere engagierte Frauen in unseren ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Verein eingetreten sind. Ohne Pause bereiten wir nun das neue Programm vor, welches im August veröffentlicht wird, wenn freitags 14 bis 17 Uhr unser Büro im „Nordlicht“ wieder besetzt ist. Ein Naturschutzprojekt wird zum Beispiel neu ins Programm aufgenommen. Mit Sandro Witt vom DGB Hessen–Thüringen konnten wir wieder einen geeigneten Redner zur Festveranstaltung am 23.05.2020 für unsere Jugendlichen gewinnen (SAZ-Leser sind hiermit die Ersten, die den Termin erfahren). Mögen in unserem kleinen Ort viele kleine Leute viele kleine Schritte tun, um die Welt durch ökologische und humanistische Gedanken zu einem Ort des Friedens und der Gleichheit Aller zu verändern.

-Thomas Denner, Vorsitzender Jugendweihe Suhl und Umland e.V.

jugendweihe
suhl & umland e.V.

Ratschläge zum Umgang mit Rechten

Im Ergebnis der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 sind rechte Kommunalpolitiker in Kommunalparlamente eingezogen. Welche Wirkung sie dort zu entfalten vermögen oder auch nicht wird u.a. maßgeblich davon abhängen, wie die VertreterInnen aller demokratischen Parteien darauf reagieren. Mit der Broschüre „RÄT*INNEN GEGEN RECHTS“ von Tilo Giesbers und Anika Taschke, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar 2019 herausgegeben wurde, liegen fundierte Ratschläge für den Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien vor. Man kann die Broschüre bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellen oder herunterladen unter:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_Raet-innen-gegen-rechts.pdf

Vielfach will die AfD als gegenwärtig stärkste rechte Gruppierung den Eindruck erwecken, sie sei eine „normale“ Partei, um daraus die Forderung abzuleiten, dass die VertreterInnen der anderen Parteien und Wählergruppierungen sich zu ihr auch so normal wie zu allen anderen verhalten müssten. Eine Partei jedoch, die in wesentlichen Teilen offen völkisch-nationalistische Positionen vertritt, wie das besonders durch den Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden Höcke in Thüringen geschieht, ist keine „normale“ Partei, mit der Demokraten in irgendeiner Form zusammen arbeiten könnten.

Die Autoren geben einen Überblick über kommunalpolitische Aktivitäten Rechter nach 1945, über thematische Aktionsfelder und Propagandamuster Rechter und erteilen Ratschläge für den Umgang mit rechten AkteurInnen in kommunalen Gremien. Zusammenfassend geben sie folgende „Handlungsanleitung für den Umgang mit rechten Akteur*innen in kommunalen Gremien

- Absprachen treffen mit anderen demokratischen Fraktionen für eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Umgang
- Geschlossenes Auftreten der demokratischen Parteien
- Klare und deutliche Positionierung gegen rassistische, menschenfeindliche und rechtspopulistische Personen, Parteien, Akteur*innen und Inhalte
- Dechiffrierung rechter Anträge durch Auflösung sprachlicher Verklausulierungen und konkrete Benennung als rassistische Hetze
- Mit guten Kenntnissen der jeweiligen Parteiprogramme und der jeweiligen Person können rechte Ideologien entlarvt und sichtbar gemacht werden.
- Schärfung der eigenen Position zu unterschiedlichen politischen Themen
- Umsichtig abwägen und nicht auf alles eingehen
- Keinen Alltag und keine Normalisierung in die politische Auseinandersetzung einziehen lassen
- Sollte eine zweite Stellungnahme durch eine linke Position nötig sein, ist eine zweite Rede durchaus sinnvoll. Dabei aber stets die eigenen Ressourcen und Redeanteile und auch die Absprachen mit den anderen Fraktionen bedenken.
- Deutlich den rechten Charakter der Anfrage in der Gegenrede thematisieren und herausstellen
- Keine (langen) Debatten zulassen
- Verschiebung von Anträgen in den jeweiligen Ausschuss, wenn damit eine öffentliche Debatte und ein breites Podium für rechte Akteur*innen verhindert werden kann
- Deutlich kommunizieren und für die Bürger*innen transparent machen, warum man wie mit rechten Akteur*innen umgeht.“

Die Autoren halten es für wichtig, sich nicht nur konsequent mit den VertreterInnen der Rechten auseinanderzusetzen, sondern auch verstärkt eigene Angebote für die BürgerInnen zu unterbreiten:

„Rechte Akteur*innen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, stellen sich als «Kümmerer» dar. Dies ist ein sehr linker Anspruch und Gedanke. Aus diesem Grund ist und bleibt es wichtig, für die Menschen da zu sein, Probleme aufzunehmen und für alle Menschen eine solidarische und nicht-ausgrenzende Politik in der Kommune oder im Kreis zu erkämpfen. Dazu gehört es, vor Ort ansprechbar und nahbar zu sein. Gerade Kommunalpolitiker*innen haben die Chance, mit den Menschen in Kontakt zu kommen und sich mit Themen des Alltags zu beschäftigen. Der Vorwurf, dass die «etablierten Parteien» nicht mehr für die Menschen da sind, ist einer, der vor allem von rechts gebrüllt wird. Linken, demokratischen und weltoffenen Mandatsträger*innen empfehlen wir daher, weiterhin vor Ort Präsenz zu zeigen, in Gespräche zu gehen, Sprechstunden für alle Menschen anzubieten und die Räume und das «Kümmerer-Narrativ» nicht den Rechten zu überlassen. Gelebte Solidarität und die solidarische Gesellschaft sind ein Kernanliegen progressiver Rät*innen. Solidarität ist aber etwas anderes als bloße Hilfestellung. Solidarität ist ein Begegnen auf Augenhöhe. Sie ist eine wechselseitige Beziehung – keine hierarchische und einseitige. Insofern ist das «Kümmern» von links etwas ganz anderes als das, was Rechte unter Kümmern verstehen.“ -EBE-

Geschichte muss lebendig bleiben

Die Ortsgruppe Suhl der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e.V. und die Basisgruppe des TVVdN/BDA hatten zum traditionellen Gedenken mit der Niederlegung von Blumen am 22. Juni an die Gedenktafel am Waffenmuseum in Suhl und in die Gedenkstätte auf dem Friedhof in Dietzhausen eingeladen. Anlass war der 78. Jahrestag des barbarischen Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941. Am 17. Juni 2019 haben im Oberrathaussaal der Stadt des Friedens Suhl junge Bürger aus der Stadt Suhl und der Stadt Kaluga im 50. Jahr des Bestehens der Partnerschaft zwischen Suhl und Kaluga ihr gemeinsames Projekt „Gedächtniskultur“ beeindruckend vorgestellt. Sie beschäftigten sich mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter in Suhl und der Zeit der Besetzung von Kaluga durch die deutsche Wehrmacht. Die wichtigste Erkenntnis: Geschichte muss lebendig bleiben, darf nicht in Vergessenheit geraten und nicht gefälscht werden. Dem sind die Teilnehmer des Gedenkens gerecht geworden, indem sie diesen Gedenktag nutzten, um der unsäglichen Opfer und dem Wahnsinn eines Krieges zu gedenken. Wir fühlen uns verpflichtet und gefordert, ständig auf die größte geschichtliche Katastrophe des 20. Jahrhunderts aufmerksam zu machen und der vielen Millionen Opfer zu gedenken. Zu diesen gehörten auch die unzähligen Zwangsarbeiter.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Geschichte muss lebendig bleiben (Fortsetzung)

Die Mehrheit von ihnen wurde als "Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter" in das Reich verfrachtet und zur Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie auch in Suhl und Zella-Mehlis eingesetzt. Wir mahnen, alles zu tun, damit die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa gebannt wird und endlich die richtigen Lehren gezogen werden. Auch wenn wir an diesem Tage nicht viele waren: Unsere Mahnung ist gerade in der heutigen Zeit wichtig. Unser Appell an die Regierenden, Politiker und Wissenschaftler sollte nicht überhört werden, denn wenige Stunden zuvor sind wir an einer Katastrophe vorbeigeschrammt. Die Flugzeuge waren schon in der Luft. Kriege werden ideologisch vorbereitet. Dazu gehört heute immer häufiger die Leugnung der Befreiungstat der Sowjetarmee und der Völker der Sowjetunion. Geschichtliche Wahrheiten werden gezielt verfälscht. Wer heute die Landung der Alliierten in der Normandie „als die wichtigste Tat zur Befreiung Deutschlands" vom Hitlerfaschismus bezeichnet, verfälscht die Geschichte. 1944 war der Widerstand der Faschisten schon gebrochen. Die entscheidenden Schläge hatte die Rote Armee versetzt. Die Stimmen im Land, die heute für ein ordentliches Verhältnis zu Russland aufrufen, mehren sich. Die Äußerungen der Ministerpräsidenten von Sachsen und Thüringen haben eine heftige Diskussion und Reaktion erzeugt. Sie haben doch nur unseren Willen, unsere Forderungen und unsere freundschaftliche Verbundenheit mit den russischen Bürgern, ihrer Kultur und Lebensweise Rechnung getragen. So, wie wir es in 50 Jahren Partnerschaft zwischen Suhl und Kaluga pflegen.

-Hubert Heiderich-

Nachsatz: Die Vorsitzende unserer Partei erinnerte in ihrer Grußansprache am 22. Juni 2019 in Arnstadt mit keinem Wort an den Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941.

– Eckhard Griebel -

Die Würde des Menschen

...ist unantastbar (Art. 1 GG), unter diesem Leitgedanken stand das Interkulturelle Kinderfest, zu dem das Team Sport und Spiel für Flüchtlingskinder am 22. Juni in die Sporthalle auf dem Friedberg eingeladen hatte. Und passend dazu erhielt unser Team von Manuela, Laura und Cora sowie Frau John, die die AG Kunterbunt an der Impulsschule Schmiedefeld leitet, symbolisch die von ihnen angefertigte Landkarte überreicht – mit Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen.

Zum Fest waren viele gekommen – nicht nur die Flüchtlingskinder aus der Erstaufnahme. Sie alle erwartete ein abwechslungsreicher Nachmittag mit Kultur, Sport und Spiel. Der Hauptakteur war Leinado, ein leidenschaftlicher Artist, mit seinen waghalsigen Kombinationen aus Jonglage, Balance, Ballspinning und Hocheinrad. Er bezog die Kinder in seine Show mit ein und begeisterte sie so total.

Auch die Tanzgruppe der Auszeit präsentierte ihr Können und die Trommler des ib brachten die Steppkes so richtig in Stimmung (Foto: Sonja Bernhardt).

Dann aber wurden die vielen Spiel-, Sport- und Bastelstationen im Freigelände der Turnhalle erstürmt. Mit Geschick, Kreativität und Raffinesse wuselten die Kinder durch das Gelände. Etwas ganz besonderes war aber der Streichelzoo mit Ingolf Zellin. Wann kann man schon Hühner und Hasen auf den Schoß nehmen und streicheln?

Zum Abschluss gab es Luftballons mit Friedenstaube und dem Wunsch nach Frieden für alle Kinder auf der Welt. So viele strahlende Kinderaugen und manches Danke der Eltern waren für das Team ein wunderschönes Geschenk. Dass es ein gelungenes Kinderfest war, davon konnte sich auch Ina Leukefeld bei ihrem Besuch überzeugen.

Wir möchten den Akteuren des Kinderfestes, so dem Team der Auszeit, dem ib, dem Sportbund , der Zooschule und den Helfern für ihre Unterstützung ganz herzlich danken. Dazu gehört auch das Bündnis für Toleranz, Demokratie und gegen Rechtsextremismus, das uns in unserem ehrenamtlichen Engagement unterstützt. Ohne die Förderung unseres Projektes durch den Feuerwehrtopf der LAG Soziokultur wäre uns dieses schöne Kinderfest nicht möglich gewesen.

- Karin Hornschuch, Team Sport und Spiel für Flüchtlingskinder –

Noch Plätze frei

Für unsere Busreise nach Budweis vom 12. bis 15. September 2019 sind noch 8 Plätze frei.
Der Preis (Ü/F) beträgt ca. 170 EURO p.P. im DZ, ca. 200 EURO im EZ. Anmeldungen bitte schriftlich an denStadtvorstand (Rüssenstr. 19 98527 Suhl) oder per E-Mail rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

– Reiner Miersch –

Termine Juli 2019

Mo	01.07.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	02.07.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Sa	06.07.	14.00 Uhr	Sommerfest der LINKEN SUHL, Unterer Markt
Mo	08.07.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	10.07.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Mi	31.07.	14.00 Uhr	AG Senioren, Seniorencafe, Geschäftsstelle

+++ 06. Juli 2019 +++ SOMMERFEST DER LINKEN.Suhl +++